



ལྷན་པོ་དང་ལྷན་པོ་གཉིས་ཚོགས་ལྷན་པོ།
 association suisse-tibétaine
 gesellschaft schweizerisch-
 tibetische freundschaft
gstf saast



TFOS
 ལྷན་པོ་ལྷན་པོ་ལྷན་པོ་ལྷན་པོ།
 Tibetische Frauenorganisation
 in der Schweiz



Tibetan Community in Switzerland & Liechtenstein



Verein Tibeter Jugend in Europa

Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Liechtenstein

Bundespräsidentin
 Simonetta Sommaruga
 Eidgenössisches Departement für Umwelt,
 Verkehr, Energie und Kommunikation
 Bundeshaus Nord
 3003 Bern

Zürich, 28. September 2020

Appell an den Bundesrat, die freiheitlichen Werte unseres Landes und die umfassenden Menschenrechte bei allen Kontakten mit der Führung Chinas ins Zentrum zu rücken

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Sommaruga

Am 1. Oktober, dem Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China und chinesischen Nationalfeiertag, werden sicher von der kommunistischen Führung weltweit triumphale Botschaften verbreitet und Feste gefeiert. Aus dem gleichen Anlass organisieren über 200 Gruppen in 60 Städten Protestaktionen mit umgekehrten Vorzeichen gegen das Weltmachtstreben der Regierung der Volksrepublik China und der Kommunistischen Partei.

Die Gruppen bilden ein vielfältiges Spektrum ab und repräsentieren nicht nur Betroffene in den von der VR China kontrollierten Territorien, also Tibet, Ostturkestan mit seiner uigurischen Bevölkerung, der Südlichen Mongolei und Hongkong, sondern auch Gruppen in Taiwan, chinesische Dissidenten im Ausland, Institute und Privatfirmen.

In der Schweiz beteiligen sich am Aufruf für den Aktionstag die Tibeter Gemeinschaft Schweiz und Liechtenstein (TGSL), die Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF), die Tibetische Frauenorganisation Schweiz (TFOS) und der Verein Tibeter Jugend in Europa (VTJE).

Die Botschaft aller weltweit teilnehmenden Organisationen ist trotz aller ethnischen und geografischen Vielfalt die gleiche: sich entschieden dem immer aggressiveren weltpolitischen Auftreten Chinas zu widersetzen. Wir rufen den Schweizer Bundesrat auf, sich gemeinsam mit anderen demokratischen Ländern dem totalitären Regime der Kommunistischen Partei Chinas selbstbewusst entgegen zu stellen.

China tritt in verschiedenen Regionen der Welt immer dominanter und rücksichtsloser auf. Provokative Militärmanöver und Grenzverletzungen an der Grenze zu Indien und zu Wasser nahe Taiwan, Ansprüche auf ein Naturschutzgebiet in Bhutan; die internationale Rechtsprechung missachtende territoriale Expansion der Seegrenze im Südchinesischen Meer; die de-facto Beseitigung der Autonomie von Hongkong, die unverblühten Invasionsdrohungen gegen Taiwan, und die wirtschaftliche Expansion mit politischer Einflussnahme in Süd- und Osteuropa sind allgegenwärtig.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Jamestown Foundation in Washington DC einen Bericht über ein gross angelegtes «Trainingsprogramm» in Tibet, in welchem angeblich «überflüssige»

tibetische Hirten und Bauern zu Fabrikarbeitern ausgebildet werden. Bereits eine halbe Millionen Tibeterinnen und Tibeter wurden in diesem Programm Indoktrination, militärischem Drill und Erniedrigung unterworfen, um schliesslich in andere Regionen übersiedelt zu werden, welche vorab Bedarf an Arbeitskräften anmeldeten. Dieses Programm erinnert in verstörender Weise an die «Umerziehungslager» in Ostturkestan (chin. Xinjiang), in denen mindestens eine Millionen Uiguren gefangen gehalten und misshandelt werden.

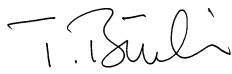
Über Jahrzehnte ging die Schweizer Regierung, wie viele weitere westliche Regierungs- und Wirtschaftsverantwortliche auch, von der Illusion von «Wandel durch Handel» aus. Weder der Abschluss von Freihandelsabkommen, die Vergabe von Olympischen Spielen noch die über 15 Jahre ergebnislosen Alibiübungen von «Menschenrechtsdialogen» konnten China von innerer Repression oder äusserem Machtstreben abhalten.

Im Gegenteil, China verschärft, besonders seit sich Xi Jinping als lebenslanger Partei- und Staatsführer etablierte, die aggressive Gangart nach innen und aussen:

China ist zu einer Bedrohung des Weltfriedens und der globalen Sicherheit geworden. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht entschiedener auftritt, liefert man China nur Motivation für weitere Unterdrückung. In diesem Sinne bitten wir Sie als Bundespräsidentin unserer basisdemokratischen Schweiz bei allen sich ergebenden Gelegenheiten von Treffen, Glückwunschschriften, Verhandlungen und Botschaftskontakten die chinesische Führung auf ihre Verantwortung gegenüber ihrem eigenen Volk und den besetzten Gebieten mit ihren leidenden Bevölkerungen hinzuweisen. Wir bitten Sie auch, im Sinne der freiheitlichen Werte unseres Landes, bei allen Kontakten mit kommunistischen Diktaturen wie es China leider ist, sich auf Freiheit und umfassende Menschenrechte zu beziehen.

Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz zugunsten unserer Anliegen im Voraus!

Mit unserer vorzüglichen Hochachtung



Thomas Büchli
Präsident GSTF



Norbu Tsamda
Präsident TGSL



Dekyi Santamaria
Präsidentin TFOS



Jigme Adotsang
Co-Präsident VTJE